

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abt. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei Bel. Nichterscheinens der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinens der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5768 / Telegr.-Nr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 123

Altensteig, Dienstag, den 30. Mai 1933

56. Jahrgang

Nach der Wahl in Danzig

Der Präsident des Danziger Landbundes Kaufmännig über die künftige Politik der NSDAP.

Berlin, 29. Mai. Auf Einladung des Danziger Landbundes (der der Reichsführergemeinschaft des Deutschen Bauernstandes angehört) gab heute in einer Pressebesprechung der Präsident des Danziger Landbundes der agrarpolitische Sachberater der NSDAP, Dr. Hermann Kaufmännig — der auch als künftiger Senatspräsident der Freien Stadt genannt wird — einige Erläuterungen zu dem Ausgang der Danziger Volkstagswahlen.

Er betonte, daß es auch für eine neue, nationale Regierung notwendig sein werde, unter allen Umständen Verfassung und bestehende Verträge zu erhalten, da sie die Rechtsgrundlage seien, auf Grund deren die Unabhängigkeit der Freien Stadt gewahrt werden könnte. Alle Maßnahmen, die in Deutschland möglich gewesen seien, könnten nur auf dem Wege der staatlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Judentum und berragige Probleme spielten in Danzig überhaupt keine Rolle, der einzige Paragraph komme nicht in Frage. Auch liege keine Veranlassung vor, die Kampfmaßnahmen, die in Deutschland vorübergehend durchgeführt werden mußten, in Danzig durchzuführen, da Danzig nicht dem ausländischen Boykott wie Deutschland unterworfen worden sei. Wenn man sich auch an die bestehenden Verträge und die Verfassung abhalten wolle, so hoffe man doch letzten Endes, eine neue Form für das Gemeinwohl zu finden.

Was das Verhältnis zu Polen anbelange, so erklärte Dr. Kaufmännig, er stehe auf dem Standpunkt Adolf Hitlers, daß das Bekenntnis zum eigenen Volkstum auch ein Bekenntnis zur Achtung fremden Volkstums in sich birgt. Im Ostraum könnten die Verhältnisse nur gewährleistet werden auf dem Grundsatze der Gleichberechtigung und Achtung der beiderseitigen Nationen. Die Nationalsozialisten seien bereit, mit den Polen zu einer Generalvereinbarung sämtlicher schwebenden Fragen zu kommen. — Allerdings auf der Basis der Gegenseitigkeit. Eine Bereitschaft zum Frieden sei nicht gleich einer Bereitschaft zur Unterwerfung. Die unabhängigen Rechte könnten auf keinen Fall preisgegeben werden.

Die Lage der Danziger Wirtschaft sei fast noch schwieriger als die in Deutschland und große Wirtschaftszweige seien einfach nicht mehr zu beleben. Es müsse versucht werden, ein Instrument der Kooperation der einzelnen Wirtschaftskreise zu finden. Zu diesem Zwecke solle eine Hauptberufshandelskammer geschaffen werden, die als Selbstverwaltungskörper eine Reihe von Maßnahmen werde durchführen können, die der Staat außen- und innenpolitisch nicht lösen könne. Eine Verwaltungsreform und -Bereinigung könne dadurch vielleicht gefunden werden, daß man staatliche Hoheitsrechte in eine reine Verwaltungskörperschaft, wie sie mit der Ständekammer geplant sei, delegiere. Man werde auch den genialen Gedanken des Führers, das Reichsstatthalterprinzip, natürlich in geänderter Form, aufgreifen, indem man staatliche Präzidenten in diese Hauptwirtschaftskammer hineinsetze. Dadurch erübrige sich jeder Eingriff in die wirtschaftlichen Belange von irgendwelcher Seite.

Zum Schluß seiner Ausführungen gab Landbundspräsident Dr. Kaufmännig seiner Hoffnung Ausdruck, daß die NSDAP die Schwierigkeiten meistern werde und daß sie die wirtschaftliche Lage und Selbstständigkeit Danzigs werde erhalten können.

Vorher hatte Dr. Kaufmännig Mitteilungen über den Wahlkampf gemacht. Er wies darauf hin, daß das Wahlergebnis um so höher zu würdigen sei, als den Nationalsozialisten keinerlei Hilfsmittel in Danzig zur Verfügung gestanden habe. Er wies dann auf die außenpolitischen Befürchtungen hin, die von allen Seiten auf einen Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in Danzig gefürchtet worden waren und schließlich auf das bedauerliche Verhalten der Deutschnationalen, die in härtester Kampfführung mit den anderen Parteien zusammen gegen die Nationalsozialisten gestanden hätten. Im Interesse der Sicherheit Danzigs möchte so schnell wie möglich dem Wahlergebnis Rechnung getragen werden. Mit den Deutschnationalen und Zentrum zusammen könnten die Nationalsozialisten eine Dreiermehrheit erreichen, die ausreichend sei für alle neuen Maßnahmen. Doch könnten sich die Nationalsozialisten nicht Bedingungen diktiert lassen, sondern sie müßten ihrerseits verlangen, daß man zumindestens die Grundideen und Leitgedanken des Nationalsozialismus zu eigen mache.

Berliner Blätterstimmen zum Danziger Wahlergebnis

Berlin, 29. Mai. Die Berliner Abendpresse berichtet in großer Aufmachung über den Ausgang der Danziger Wahlen und unterstreicht in den Ueberschriften in erster Linie den überwältigenden Sieg der Nationalsozialisten.

Der „Angriff“ sagt, die Wahlen zum Danziger Volkstag, die den Nationalsozialisten eine einwandfreie Mehrheit nicht nur der Stimmen, sondern auch der Abgeordneten sichergestellt haben, beweisen von neuem den geschichtlichen Zug der deutschen Erhebung überall dort, wo deutsches Volk in Freiheit über seine Geschicke bestimmen kann. Die Lehren der Danziger Wahl sind für Deutschland wie für die Welt vollkommen eindeutig.

Die Mandatsverteilung. Nach einer vorläufigen Berechnung werden sich die Mandate im neuen Danziger Volkstag voraussichtlich folgendermaßen verteilen:

- Nationalsozialisten 38 (13),
- Kampffront Schwarz-weiß-rot 4 (10),
- Zentrum 10 (11),
- Sozialdemokraten 13 (10),
- Kommunisten 5 (7),
- Volen 2 (2).

Eröffnungssitzung der Transferbesprechungen

Starker Eindruck der Schacht-Rede

Berlin, 29. Mai. Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab in der Vormittagsitzung der Auslandsgläubiger einen längeren Bericht über die Transferlage, insbesondere über die Ursachen die zu dieser Entwicklung geführt haben. Den Teilnehmern wurden reichhaltige statistische Uebersichten und andere Materialien, zumeist vertraulicher Art, vorgelegt. Von ausländischer Seite waren Vertreter der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Hollands, Schwedens und der Schweiz erschienen. Die Reichsbank war außer durch Präsident Dr. Schacht durch Vizepräsident Dreese und Geheimrat Dr. Bode mit ihren Sachbearbeitern vertreten. Die Besprechung vertagte sich nach Entgegennahme der Darlegungen und nach kurzer Debatte bis Dienstag vormittag.

Die Gefahren des Transfer

Dr. Schacht zur Eröffnung der Transferzusammenkunft

Berlin, 29. Mai. Reichsbankpräsident Dr. Schacht eröffnete die Transferzusammenkunft mit einer Ansprache in der er darauf hinwies, daß es sich nicht um eine Regierungsangelegenheit, aber auch nicht um eine Aussprache zwischen deutschen Schuldnern und ausländischen Gläubigern handle, da das Transferproblem kein privatrechtliches, sondern ein rein volkswirtschaftliches sei, wofür in erster Linie die Reichsbank zuständig sei. Dr. Schacht legte dann ausführlich dar, wie es zu der Transferfrage kam, die ihre letzte Ursache in den Reparationen habe. Die ausländische Kreditgewährung an Deutschland nach der Stabilisierung habe die Wiederauffüllung der Rohstofflager, den Wiederaufbau der Exportorganisation und die Verankerung der Gold- und Devisenbedeckung der Reichsbank ermöglicht. Da sich das Ausland wegen des Exportkräftes, sei nichts anderes übrig geblieben, als die Auslandskredite zu Reparationszahlungen zu verwenden. Dies an sich völlig verriebene System brach nach der amerikanischen Oktoberkrise 1929 zusammen. Der Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt gab dann den Anstoß zur direkten Katastrophe, zur Kündigung der kurzfristigen Auslandskredite und zur Einführung der Devisenwangswirtschaft. Die Stillhaltenabkommen hätten aber, so führte Dr. Schacht weiter aus, die Brandbrennung der Katastrophe nur verschoben. Seit der Amerikatrisie seien über 10 Milliarden RM. an Kapital und Zinsen aus Deutschland abgezogen. Die Devisenwangswirtschaft habe zu einer völligen

Verknappung des gesamten Handels und damit zu einer weiteren Verknappung der Devisenbestände geführt. Es sei nicht Aufgabe der Reichsbank, ihre Devisen- und Goldreserven zur Erlösung mehr oder minder langfristiger Schulden der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Eine solche Politik mache das zentrale Notenbankinstitut handlungsunfähig. Der übermäßige Transfer habe die Reichsbank außer Gefecht gesetzt. Sie könne, obwohl sie die Mark durch Devisenwangswirtschaft stabil halte, wegen ihres Mangels an Gold- und Devisenreserven den Geld- und Devisenmarkt nicht regulieren. Eine mandatorienunfähige Notenbank lieiere aber — dies sei die schlimmste Wirkung der ganzen Entwicklung — ein Land jedem Unfall aus. Dr. Schacht wies zum Schluß darauf hin, daß nach Abzug des am 1. Juli fälligen Golddiskontbankkredits die Reichsbankreserven unter 300 Millionen gesunken, die Deckung auf 8 Prozent gefallen ist. Es bestehe Gefahr, daß die Reichsbankreserven auf Null zusammenstürzen. Dr. Schacht schloß: „Wenn wir die Dinge weiterlaufen lassen, kommt die Reichsbank in Gefahr, den Verkauf von Reichsmark im Auslande nicht mehr verhindern zu können, d. h. wir kommen mit Sicherheit in ein offizielles Disagio der Reichsmark hinein und erleben eine neue Entwertung der Reichsmark, die eine noch größere Katastrophe bedeuten würde als die von 1923, eine Katastrophe, die die Reichsbank weder zulassen noch zu verantworten gewillt oder in der Lage ist.“

Starker Eindruck der Schacht-Rede

Berlin, 29. Mai. Die Ausführungen, die der Reichsbankpräsident machte, haben in unterrichteten Kreisen einen außerordentlich günstigen Eindruck hinterlassen. Man beachtet es insbesondere, daß die Leitungen der Reichsbank die Dinge nicht treiben läßt, sondern ihrerseits die Initiative ergreifen und die Gläubiger an den Ernst der deutschen Devisensituation hinweisen hat. Man bezeichnet die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten als eine geradezu befreiende Tat. Die eindeutige Erklärung, daß die Reichsbank eine Katastrophe ähnlich der des Jahres 1923 nicht zulassen und zu verantworten gewillt ist, dürfte in Verbindung mit der ersten Mahnung an das Ausland, auch seinerseits in die erforderlichen Maßnahmen einzuwilligen, ihre Wirkung nicht verfehlen.

vorübergehend sein darf. Sie beruht vielmehr auf der religiösen Wiedergeburt, auf der Durchdringung unserer kollektivierte Welt mit personalem Geist. Hier liegt die christliche Aufgabe der deutschen Revolution und die Lösung des Freiheitsproblems.

„Graf Zeppelin“ in Rom

Friedrichshafen, 29. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Montag früh um 0.25 Uhr zu seiner Fahrt nach Rom gestartet. Am Bord befinden sich insgesamt 25 Passagiere. An der Fahrt nehmen u. a. teil: Reichsstatthalter Murr mit Frau, Ministerialrat Panzeram vom Luftfahrtministerium in Berlin, der stellvertretende Vorsitzende des Reichsoberbundes der Deutschen Presse, Hauptmann a. D. Weisk vom Völkischen Beobachter und der Ober vom Dienst im RLB, Berndt.

Rom, 29. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erreichte Montag um 14 Uhr Rom und kreuzte längere Zeit in aerischer Höhe über der Stadt. Die Bevölkerung Roms begrüßte das Luftschiff mit nicht endenwollendem Jubel.

„Graf Zeppelin“ in Rom

Rom, 29. Mai. Zu der Landung des „Graf Zeppelin“, die pünktlich um 17.30 Uhr erfolgte, waren Tausende und Abertausende auf dem Militärflughafen erschienen. Wegen des starken Westwindes und großer Erdwärme zog sich das Landemoment bis 18.15 Uhr hin. Die Landung ging glatt von statten. Nach dreierstündiger Pause, während der das Luftschiff vom König und Mitgliedern der königlichen Familie besichtigt wurde, startete „Graf Zeppelin“ zu einem Rundflug über Rom, die Campagna und die Albaner Berge.

„Graf Zeppelin“ auf der Heimreise

Rom, 29. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete wieder nach etwa halbstündiger Rundfahrt über Rom und den Albaner Bergen gegen 7.30 Uhr. Sämtliche Teilnehmer des Rundfluges äußerten sich in begeistertsten Worten über den herrlichen Anblick, den die im Abendlicht daliegende römische Campagna und die Berggipfel der Albaner Berge boten.

Papen über Freiheit

Rede in der Bonner Universität

Bonn, 29. Mai. Vizekanzler v. Papen, dessen bedeutende Rede über das Deutschtum in Europa auf der Iburg noch in frischer Erinnerung ist, hat im Bonner Beethovenaal neben dieser außenpolitischen Zielsetzung der deutschen Revolution eine innenpolitische gestellt, die sich mit dem brennendsten staatsphilosophischen Problem der Gegenwart, der Freiheit, auseinandersetzt.

Die Freiheit, sagte der Vizekanzler, ist dem deutschen Volke so gefährlich geworden, weil die überdemokratische Verfassung von Weimar keine Zusammenfassung der staatlichen Kräfte von oben, keine Gegenwirkung gegen die von unten kommende Zersplitterung ermöglichte. Die schlimmste Gefahr der Demokratie ist aber das Vorhandensein der politisierten Masse, in deren Hände das Schicksal des Staates gelegt wird. Zwar ist es den Nationalsozialisten gegliedert, die Massen für den Staat zu gewinnen, aber es wäre geradezu ein Verbrechen, die Zukunft nochmals dem Spiel der freien Kräfte zu überlassen.

Die Gefahr der Demokratie wird am besten gebannt durch die Loslösung der Wahl vom Partei- und Propagandaapparat.

Im antiliberalen Staat wird gewählt nach Ansehen, Qualität und bindender Führerkraft der bodenständigen Persönlichkeit. Wird die Urwahl auf die kleinsten Zellen beschränkt, dann erhalten wir die Instinkte der Masse aus, ohne den Einzelnen zu benachteiligen. Ebenso wirkt ein starker Staatswille von oben zusammenfassend ausfortzierend auf die von unten strömenden Kräfte. Die Freiheit des Wortes ist dann ungefährlich und ist nur einzuschränken, wenn sie den inneren Frieden oder die neuen verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates bedroht.

Die beste Lösung des Freiheitsproblems im antiliberalen Staat, schloß der Vizekanzler, beruht nicht auf dem Mittel der künstlichen Beschränkung der Freiheit, die nur



Nach Uebernahme der außerordentlich zahlreichen Post nach allen europäischen Ländern und nach Südamerika vollzog das Luftschiff den endgültigen Start kurz vor 8 Uhr abends unter dem draufenden Beifall einer noch immer nach Tausenden zählenden Zuschauermenge und unter den feierlichen Klängen des Deutschlandliedes. Es war ein unergleichlicher Anblick, wie das Luftschiff, von den Lichtern der hiesigen Stadt erhellt und selbst in einem Kranz von Lichtern und Scheinwerfern durch die sternklare Nacht dahinfuhr.

Reichsminister Dr. Goebbels beim König von Italien

Rom, 29. Mai. Reichsminister Dr. Goebbels wurde am Montag vom König in Audienz empfangen. Im Anschluß daran fand ein Empfang bei Mussolini statt. Die Unterredung der beiden Staatsmänner war überaus herzlich. Am Nachmittag stattete Dr. Goebbels dem Verein der im Auslande lebenden Italiener einen Besuch ab. Dr. Goebbels wird von der italienischen Presse als Freund Italiens begrüßt. Die Blätter widmen dem deutschen Gast lange Artikel, in denen sie vor allem seinen Werdegang vorstellten.

Der Reichsbischof tritt sein Amt an

Berlin, 29. Mai. Wie das VöD.-Büro meldet, hat Reichsbischof v. Bodelschwingh nach Beendigung der notwendigen Zusammenkünfte der Vertreter der Landeskirchen sein neues Amt übernommen. Er wird nunmehr in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den drei Bevollmächtigten des Kirchenbundes das Reformwerk der Kirche durchführen. Auf Grund der am Vortag vereinbarten Richtlinien wird der Entwurf einer neuen Kirchenverfassung ausgearbeitet. Diese Arbeit soll mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden. Am Montag vormittag ließ sich der Reichsbischof die Mitglieder des Kirchenbundesamtes vorstellen. Er bat sie um vertrauensvolle Unterstützung bei der Erfüllung der großen Aufgaben, die jetzt auf ihn warten. In gleicher Sprache sprach er ihnen seine Absicht aus, für das kirchliche Reformwerk neben den bewährten Fachleuten jüngere Kräfte heranzuziehen. An manchen Stellen steht ein Wechsel bevor. Oberkonsistorialrat Dr. Scholz hat seine Beurlaubung erbeten mit dem Ziele des Ausscheidens aus seinem Amte. Der Reichsbischof sprach ihm für seine sonstigen Dienste warmsten Dank aus. Wie das VöD.-Büro weiter erzählt, hat der geistliche Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrates, Dr. Burckhardt, schon vor einiger Zeit den gleichen Antrag gestellt.

Unter Leitung des Präsidenten D. Dr. Kapler fand am Montag eine schlichte Abschlusssitzung für ihn statt. Der Reichsbischof wird zu seiner persönlichen Unterstützung mehrere längere Mitarbeiter berufen. Die ihren Dienst ehrenamtlich tun, ebenso wie er selbst von der Kirchenbehörde kein Gehalt beziehen, sondern sein Pfarrgehalt wie bisher von der Bethel-Gemeinde zu bekommen wünscht, deren Beiratung er beabsichtigt. Die Aufgaben für das Reformwerk beschränken sich daher auf die Erstattung der tatsächlichen Auslagen für Reisen usw. Da hierfür keine Etatmittel zur Verfügung stehen, hat der Reichsbischof die Bitte ausgesprochen, es möchten ihm aus der Deutschen Christenheit für die Durchführung dieser Aufgabe freiwillige Gaben angetragen werden.

Berlin, 29. Mai. Wie das VöD.-Büro meldet, hat die Vertretung Dr. von Bodelschwinghs zum Reichsbischof im ganzen Reich wie auch beim evangelischen Auslandsdeutschtum ein starkes Echo gefunden. Ein Strom von Telegrammen, die förmlich in Berlin und in Bethel eingingen, legt davon Zeugnis ab. Jugenderbände, Theologiestudenten, Professoren, Pfarrervereinigungen, Arbeiterverbände, Männerkampfbünde, Synoden usw. bezeugen darin ihre starke Zustimmung zu dem Beschluß der Kirchenleitung zum Ausdruck und stellen sich hinter den berufenen Führer der deutschen evangelischen Kirchen. Von deutschen Auslandsdeutschen hat u. a. der Bischof der deutschen evangelischen Kirche in Jugoslawien, Dr. Dops, ein warm gehaltenes Glückwunschtelegramm angesetzt.

Die Deutschen Christen fordern Volksbefragung

Berlin, 29. Mai. Die Glaubensbewegung der Deutschen Christen hat in einem Schreiben an Präsident D. Dr. Kapler beantragt, zur Wahl des evangelischen Reichsbischofs die Zustimmung der Kirchenvolkes in Form einer Volksbefragung am 31. Oktober d. J. herbeizuführen.

Abgabe der Deutschen Christen

Berlin, 29. Mai. In einer Kundfunkrede führte Wehrkreispfarrer Müller aus:

„Die Kirchenregierungen haben den Ruf der Stunde nicht gehört. Sie haben nicht die Stimme Gottes vernommen, die durch die Bewegung in unserem Volke uns ruft zu wogender Tat, zur Erneuerung unseres Volkstums aus den Tiefen des Evangeliums. In uns deutschen Christen hat der Glaube an das reine lautere Evangelium von Jesus Christus eine neue heilige Liebe zu unserem Volke und unserer Kirche geweckt und eben darum sagen wir Nein zu dieser Lösung und nein erst recht zu dem Wege, auf dem sie gefunden worden ist. Nur vom Vertrauen des Kirchenvolkes, das sich in eigener Entscheidung zu ihm bekennt, kann der evangelische Reichsbischof auf seinen Platz erhoben werden. Aus dem gewaltigen Recht der geschichtlichen Stunde heraus weigern wir uns, die Entscheidung mit den Kirchenregierungen anzunehmen. Vorwärts mit Gott für eine neue evangelische Kirche, die frei und bereit und tüchtig ist zum Dienst am gegenwärtigen deutschen Volk!“

Im Blick auf die Bestrebungen zur Schaffung einer „Reichsfröhen“ ist es nötig, den Bekenntnisstand der evangelischen Kirchen kurz zu betrachten. Im deutschen Protestantismus sind 15 Millionen rein lutherischen, 1 Million rein reformierten Bekenntnisses, während von den 20 Millionen, die in unierten Kirchen vereint sind, sich 80 Prozent als Lutheraner bekennen. Die Entstehung unierter Kirchen wurde möglich gemacht, nachdem im Zeitalter des Pietismus und der Aufklärung sich die Gegensätze zwischen den beiden protestantischen Bekenntnissen abgeschwächt hatten. Zur Union kam es 1817 in Preußen und Nassau; 1818 in der Rheinpfalz und in sächsischen Gebieten; 1820 in Württemberg, 1821 in Baden und Württemberg; in den Jahren nach 1817 in großen Teilen von Hessen, 1827 in Dessau.

Im Einzelnen werden zwei Arten von Unionen unterschieden. Die „Konsensus-Union“, die sich über den organisatorischen Zusammenhalt hinaus in einer neuen Bekenntnismischung vollendete (Kassau, Baden, Rheinpfalz und Anhalt) und die „Konföderative Union“, die auf eine Angleichung der Bekenntnisse verzichtet. So haben in der Kirche der altprotestantischen Union neben lutherischen und reformierten Gemeinden auch unierte ihr Recht. Das Wesen der Union besteht hier darin, daß alle Gemeinden demselben Kirchenregiment unterstehen, innerhalb dessen kein Unterschied der Konfession mehr beachtet wird; und daß zwischen sämtlichen Gliedern der Landeskirche Abendmablogemeinschaft besteht; doch ist der Ritus des Abendmahls je nach der Herkunft der Gemeinde verschieden. Viele unierten Gemeinden würden sich weigern, für eines der beiden Bekenntnisse zu optieren, nachdem sie viele Jahrzehnte hindurch in einer engen inneren Gemeinschaft beider Bekenntnisse gelebt haben.

Zur Wahl des Reichsbischofs

ep. — Zu der Wahl des Pastors D. v. Bodelschwingh zum Reichsbischof der evangelischen Kirche erfahren wir von zuständiger Seite Folgendes:

Es war nicht beabsichtigt, die Wahl des Reichsbischofs zu vollziehen, ehe die Verfassung fertig gestellt war und Bestimmungen über den Wahlkörper und die Befugnisse des neu zu schaffenden Amtes festgelegt waren. Dadurch, daß zuerst die sog. Jungreformatorische Bewegung unter Führung von Ue. Rinneth den Namen Bodelschwingh in die Öffentlichkeit warf und im Gegensatz hierzu die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die Kandidatur Müller ausrief, sah sich das mit großen Vollmachten ausgestattete Dreimännerkollegium Kapler, Marahrens und Hesse veranlaßt, schon am letzten Mittwoch zu erklären, daß es seinerseits den Pastor v. Bodelschwingh in Aussicht genommen habe. Die auf letzten Freitag zu einer Beratung einberufenen Bevollmächtigten der Landeskirchen befanden sich somit in der Zwangslage, sich nur zwischen zwei Persönlichkeiten entscheiden zu müssen, während unter anderen Umständen auch andere ganz hervorragende theologische und kirchliche Führerpersönlichkeiten in Betracht gekommen wären.

Die Verhandlungen, die sich über zwei Tage erstreckten, wurden mit großem Ernst und in verständlichem Geist geführt, zeigten aber, daß in der Stellung der Kirche zu den schwebenden Fragen eine volle Einigkeit noch nicht besteht. Für die Kandidatur Bodelschwingh sprachen sich diejenigen aus, die einen zu starken Druck staatlicher Faktoren auf die Kirche befürchteten und den Schein einer Aufgabe kirchlicher Selbständigkeit vermeiden wollten. Die Minderheit, unter der sich auch der Bevollmächtigte der württ. Landeskirche befand, glaubte das Vertrauen haben zu dürfen, daß es auch der Führung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ nicht um politische Ziele und Erfolge, sondern um die Kirche zu tun sei und daß es ein Dienst der Liebe sei, wenn die bisherige Kirchenführung eine in engem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Bewegung stehende religiöse Erneuerungsbewegung in sich aufnehmen. Es darf jedoch nach den Äußerungen D. v. Bodelschwinghs angenommen werden, daß der neue Reichsbischof für Anregungen von dieser Seite durchaus offen sein und sich alle Mühe geben wird, ihren Führer in die unmittelbare Mitarbeit in der Kirchenführung heranzuziehen.

Anrechnung der deutschen Schutzpolizei

Ein deutscher Vorbehalt

Genf, 29. Mai. Das Technische Komitee des Effektivitätsausschusses hat die Beratungen über die Anrechnung der Polizeistärken mit der Annahme eines Berichtes abgeschlossen, der von allen Polizeiformationen fast einzig und allein der deutschen Schutzpolizei militärischen Charakter beilegt. 39 000 Mann der deutschen Schutzpolizei sollen bei der künftigen Festsetzung der deutschen Effektivitätsbestände anzurechnet werden. Außer der deutschen Schutzpolizei sind als militärisch verwendungsfähig beständig noch bezeichnet worden der in verschiedenen Ländern bestehende Grenzschutz sowie die militärisch ausgerüstete Gendarmarie.

Zu diesem Bericht hat der deutsche Vertreter General von Schönheim eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die deutsche Delegation legt einen allgemeinen Vorbehalt gegen die Mehrheitseinschlässe des Komitees bezüglich der Bewertung der Polizei ein, weil das Komitee sich bei seinen Entscheidungen nicht immer in gleicher Weise an die festgelegten Kriterien gehalten und einzelne Fälle nach verschiedenem Maßstab behandelt hat. In der der Annahme dieses Berichtes vorausgegangenem Verhandlungen ist nicht nur von deutscher Seite sondern auch von anderen Delegationen festgestellt worden, daß bei der Bewertung der deutschen Polizeiverhältnisse andere Maßstäbe angesetzt worden sind, als in den anderen Fällen. Der Gang des Verlaufes der Beratungen hat gezeigt, daß das Komitee in seiner Mehrheit sich nicht von rein technischen Gesichtspunkten leiten ließ, sondern daß ausgesprochen politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Der deutsche Vertreter stellte fest, daß im Verhältnis der Wehrmacht zur Bevölkerungszahl in Deutschland nur 1 und 1/4 ausgebildete Soldaten auf 1000 Einwohner fallen, bei Polen dagegen 7, Frankreich 8, Belgien 8 1/2.

Sitzung der „Stiftung für Opfer der Arbeit“

Berlin, 29. Mai. Am Samstag fand die konstituierende Sitzung der durch den Antrag des Reichskanzlers Adolf Hitler ins Leben gerufenen „Stiftung für Opfer der Arbeit“ im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda statt. Zum Vorsitzenden des Ehrenausschusses wurde Schumann gewählt und zum ehrenamtlichen Geschäftsführer Oberregierungrat Dr. Hegler vom Propagandaministerium. Aus dem Bericht des Geschäftsführers ergab sich, daß der Eingang der Spenden außerordentlich zögerlich ist und daß die erste Million noch in diesen Tagen erreicht sein wird. In der Sitzung konnte Dr. Thoben die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Industrie des Steinkohlen- und Braunkohlenbergbaus und die eisenhaltende Industrie des Ruhr-

gebietes zusammen ein Kapital von 2 Millionen RM. für die Stiftung zur Verfügung gestellt haben. Demnach haben die Mittel der Stiftung jetzt bereits den Betrag von rund 3 Millionen RM. erreicht.

Neues vom Tage

Die D.M.Z. auf drei Monate verboten

Berlin, 29. Mai. Wie wir erfahren, ist die Deutsche Allgemeine Zeitung wegen des Leitartikels in ihrer Abendausgabe vom Montag auf drei Monate verboten worden.

Italienische Landwirte beim Reichskanzler

Berlin, 29. Mai. Der Reichskanzler empfing am Montag des Präsidium des Reichsstandes des Handels und des Handwerks, sowie eine Abordnung italienischer Landwirte, die sich aus Anlaß der landwirtschaftlichen Ausstellung in Berlin aufhalten, unter Führung des italienischen Botschafters Terzoli.

D. Dr. Schöffel Hamburger Landesbischof

Hamburg, 29. Mai. In feierlicher Sitzung der Synode wurde einstimmig der Synodalpräsident D. Dr. Schöffel, zum Landesbischof gewählt.

Kommunalwahlen in Malbach im Saargebiet

Saarbrücken, 29. Mai. In Malbach haben Gemeinderatswahlen stattgefunden. Da von der Volksabstimmung keine allgemeinen Wahlen mehr stattfinden, dürfte das Ergebnis über den örtlichen Rahmen hinaus Bedeutung haben. Es erhielten: NSDAP. 602 Stimmen, 1 Sitz (1932: 83 Stimmen, 1 Sitz); Zentrum 359 Stimmen, 6 Sitze (576 Stimmen, 10 Sitze); Wirtschaftspartei 102 Stimmen, 1 Sitz (233 St., 4 Sitze); Sozialistische Arbeiterpartei 74 Stimmen, 1 Sitz (158 Stimmen, 2 Sitze); SPD. 68 Stimmen, 1 Sitz (108 Stimmen, 1 Sitz); SPD. 62 Stimmen, 1 Sitz (185 Stimmen, 4 Sitze). Die NSDAP, die bisher nur einen Sitz im Gemeinderat innehatte, verfügt nunmehr mit 11 von 21 Sitzen über die absolute Mehrheit.

Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern in Jansbrunn

Jansbrunn, 29. Mai. Am Sonntagabend kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Heimwehrleuten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf einige Schüsse abgegeben wurden, doch wurde niemand verletzt. In den Nachtstunden wiederholten sich die Zwischenfälle zwischen den politischen Gegnern. Im ganzen sind drei Schwerverletzte und etwa 25 Leichtverletzte zu beklagen.

Wohnabbau des schweizerischen Bundespersonals durch Volksabstimmung abgelehnt

Bern, 29. Mai. Die jährliche Volksabstimmung über den Wohnabbau für das schweizerische Bundespersonal ist mit 503 121 Nein- gegen 408 495 Ja-Stimmen abgelehnt worden. Die Wahlbeteiligung betrug 78 Prozent. Das verworfene Gesetz hätte das Staatsbudget einschließlich des der Bundesbahnen im Betrage von rund 605 Millionen Goldfranken um jährlich 25 Millionen entlastet. Die Gehaltsfrage des Personals der Kantone, Gemeinden wurden durch die Abstimmung nicht berührt.

Ernennung der Regierung von Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 29. Mai. Der Reichsstatthalter für beide Mecklenburg und Vorpommern, Hildebrand, hat verfügt, daß alle politischen Gefangenen, soweit sie nicht des Hochverrats und anderer strafbarer Verbrechen schuldig sind, in Bälde freigelassen werden. Der Reichsstatthalter hat zum Ministerpräsidenten für Mecklenburg-Schwerin den Landwirt Granzow und auf dessen Vorschlag Dr. Friedrich Schatz zum Staatsminister sowie den Landwirt Hans Esch zum Staatsrat ernannt.

Aus Stadt und Land

Montag, den 30. Mai 1933.

Antikliches. Uebertragen wurde die Lehrstelle Schorn-dorf dem Hauptlehrer Klein in Würzbach O.M. Calw.

— Evang. Kirchenopfer an Pfingsten und am Dreieinigkeitsfest. Das Kirchenopfer an Pfingsten 1932 hat 30 168 RM. ertragen. Davon wurden zahlreiche Gemeinden und Liebeswerke in der Heimat unterstützt; ebenso wurde die Missionsarbeit und die Diakonatspflege besonders im gefährdeten Osten (Galizien, Oesterreich, Siebenbürgen) bedacht. Da die Erträge der Pfingstkollekte in den letzten Jahren fast zurückgegangen sind, werden die Gemeinden gebeten, diesem Opfer wieder besondere Liebe und Berücksichtigung zuwenden zu wollen, da es die Verbindung mit der unter schwerem Druck leidenden Glaubensgenossen im Ausland und den Zusammenhang der kirchenamtlichen Tätigkeit mit der Arbeit der freien Vereinigungen besonders in Jugendpflege und Sozialarbeit in wirkungsvoller Weise befähigt. — Der Evang. Kirchengesangsverein für Deutschland feiert in diesem Jahre sein 50-jähriges Bestehen mit einem Kirchengesangstag der am 11. Juni in Stuttgart stattfinden soll. Aus diesem Anlaß wird den Kirchengemeinden empfohlen, so weit es ihnen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist, das Kirchenopfer im Vormittagsgottesdienst des Dreieinigkeitsfestes ganz oder wenigstens zu einem angemessenen Teil dem Evang. Kirchengesangsverein für Württemberg zuzuwenden.

— Obsterteils-Ausflüchte 1933. Vom Württ. Obstbauverein wird gefordert: Die Obsterteilsausflüchte 1933 lassen sich noch nicht völlig übersehen. In den Höhenlagen sind noch nicht alle Äpfel sorten ausgeblüht. Immerhin ergeben die bis jetzt eingelaufenen Berichte unserer Vertrauensmänner ein vorläufiges Bild. Nachfolgendes Ergebnis der Umfragen liegt bis jetzt vor: Tafeläpfel gut, Mostäpfel gut, Tafelbirnen über mittel, Mostbirnen fast gut, Süßbirnen gering-mittel, Weichsel mittel, Erdbeeren mittel-gut, Stachelbeeren mittel-gut, Himbeeren fast gut, Pflirsche gering, Aprikosen gering, Pfäfen mittel, Reinerlauben, Mirabellen mittel, Hauszwetschen mittel-gut, Quitten mittel-gut, Walnüsse gering-mittel, Waldbeeren gut. Die Kirchen werden nur an wenigen Plätzen nennenswerte Ernten geben, etwas besser sind die Sauerkirschen einzulösen. Pflirsche und Aprikosen berechtigen nur zu recht geringen Hoffnungen, während die Pfäfen- und Zwetschgenernte etwas mehr verspricht. Den Berichten ist weiter zu entnehmen, daß manche früher stark aufgetretene Schädlinge nahezu ganz verschwunden sind.

Edhausen, 29. Mai. (Abschied.) Gestern verabschiedete sich der Rüstverein und mit ihm die ganze Gemeinde von seinem Dirigenten, Postmeister Hornung. Nach einem Platz-



konziert fand im „Waldhorn“ die eigentliche Abschiedsfeier statt, wo dem Scheidenden zuerst der Vorstand des Musikvereins Bachmann herzliche Worte widmete. Für die vielen, der Sache zu Liebe so selbstlos gebrachten Opfer verehrte ihm der Musikverein den goldenen Musikern und ernannte ihn zum Ehrenmitglied unter gleichzeitiger Befügung der Ehrenmitgliedschaft des Nekar-Schwarzwaldbundes. Ein Diplom in geschmackvoller Einrahmung bekrundete das. Der Scheidende hat den Verein von Erfolg zu Erfolg in sieben Jahren geführt. Sechs Preise sind im Wettbewerb geholt worden, dazu noch die Vollständigkeit und Uniformierung der gesamten Kapelle. Es sprachen dann noch der Gaupräsident Storz, Sechtrou, Flachsenmeister Stolz, Gemeinderat Schüttle, Bürgermeister Kuh für die Gemeinde, E. Schüttle für die NSDAP und Altkatholik Dengler für den Schwarzwaldbund. Der Scheidende dankte in bewegten Worten für all die Ehrungen und versprach, Schützen ein getreues Gedenken zu bewahren. Musikdirektor Walter-Altensteig, der den hiesigen Musikverein künftig leiten wird, erwähnte die Musiker, die sich heute unter der letztmaligen Stadtführung ihres scheidenden Meisters außerordentlich anstrengten, zu erneuter Treue und Liebe zur Sache.

Freudenstadt, 29. Mai. (Landesversammlung des Ev. Bundes.) In der vergangenen Woche haben die Leiter des Hauptvereins des Evang. Bundes, Dekan Dr. Stockmayer in Tübingen und Stadtpfarrer Lic. D. Günther in Stuttgart einen Besuch hier gemacht, um im kleineren Kreise die Vorbereitungen für die Landesversammlung in die Wege zu leiten. Die Landesversammlung ist auf Sonntag und Montag, den 1. und 2. Oktober verabredet. Außer Festgottesdiensten in der Bezirksstadt und den größeren Landgemeinden am Sonntagvormittag, sollen im Gemeindefeierabend, Familienabend, Abgeordnetenversammlung usw. stattfinden. Mit einer stattlichen Zahl von tüchtigen Predigern und Rednern wird nun verhandelt. Eine Sammlung zugunsten des Vereins und seiner weltverbreiteten Arbeiten wird in den Wochen vor dem Feste in Stadt und Land gehalten werden.

Freudenstadt, 29. Mai. (Zwangsinnung der Glaser.) Am Samstagmittag haben die Glasermeister von Freudenstadt, Bezirk Freudenstadt, die bisher bestehende Innung in eine Zwangsinnung umgewandelt. Mit dem Amt der Vorstandschaft wurden beauftragt: 1. Vorsitzender (wie bisher): Gg. Lieb, 2. Vorsitzender: Georg Baldenhöfer, Schriftführer: Emil Fahrner. Der Ausschuss setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Wilhelm Reife, Dornstetten; Karl Schmid, Freudenstadt; Gajser, Baiersbrunn und Schlaich-Glatten.

Glatten, 29. Mai. (Mitgliederversammlung des Kniesbäuer-Sängerbundes.) Vor der eigentlichen Mitgliederversammlung des Kniesbäuer-Sängerbundes veranstalteten die Vereine am Kriegerdenkmal eine kurze, aber eindrucksvolle Gedenkfeier. Die Mitgliederversammlung, die im Gasthaus zur „Traube“ abgehalten wurde, erfreute sich eines sehr guten Besuchs. In der Eröffnungsansprache erinnerte Gauvorkand Ernst Lieb an die Zeitwende unsterblicher Tage, in denen Volkstanzler Adolf Hitler das Reichsteuer mit fester Hand führte. Die Einheit sei erreicht und damit die Grundlage zum Ausbau gegeben. Der Kniesbäuer benötige keiner Gleichhaltung, er sei vielmehr immer mit Wort und Tat dem deutschen Vaterland treu gewesen. Die Tagesordnung: Jahresrückblick und Bundesversammlung. Die Arbeit im vergangenen Jahr war in der Hauptsache der internen Tätigkeit gewidmet. Größere Festlichkeiten wurden unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände nicht abgehalten. Während der nationalen Veranstaltungen der letzten Wochen hatten die Vereine wiederholt Gelegenheit, am Aufbau des deutschen Vaterlandes mitzuwirken. Die Sängerbühnen sind im Gau während des letzten Jahres um 23 auf 840 gestiegen, wobei allerdings 240 Sänger arbeitslos sind. Die Zahl der Sängertinnen beträgt 80.

Wildbad, 28. Mai. (5000. Besucher.) Vor wenigen Tagen konnte die letzte Bahn erst geschaffene Replexwarte auf dem Sommerberg den 5000. Besucher begrüßen. Derselbe erhielt eine Freikarte und ein kleines Geschenk.

Wildbad, 30. Mai. (25 Jahre Bergbahn.) Am 23. Mai waren 25 Jahre vergangen, seit die Wildbader Bergbahn in Betrieb genommen wurde. Niemand ahnte damals die Entwicklungsmöglichkeiten, die der Bau dieses neuen Verkehrsmittels inzwischen eröffnet hat. Und doch ist es gerade die Bergbahn gewesen, welche über der vielbesuchten „Stadt der Thermen“, über des Enzials Drang und Engen eine neue Welt erschlossen hat. Ohne die Bergbahn kan man sich Wildbad in seinen neuen Entwicklungsanlagen — als Höhenkurort und Wintersportplatz — überhaupt nicht denken. Als die Bergbahn 1907/08 unter der Leitung von Oberbaumeister Leibbrand erbaut wurde, war sie noch in den Händen einer Aktiengesellschaft, an deren Spitze Direktor Schnitzer aus Wildbad stand. Die Baukosten, die von dieser Gesellschaft aufgebracht wurden, betragen annähernd 400 000 Mark. Am 1. Januar 1919 ging die Bahn in den Besitz der Stadt Wildbad über, von der sie heute noch verwaltet wird.

Unterjettingen, 28. Mai. Am Samstagmittag statteten einige Seminaristen aus Nagold dem im Wald zwischen Unterjettingen und Mühlingen gelegenen „Kommerles Loch“ einen Besuch ab. In der unteren Klust glaubte einer eine menschliche Leiche entdeckt zu haben. Landjäger kamen an Ort und Stelle. Es ist noch keine volle Klarheit in der Sache vorhanden. Es muß aber gesagt werden, daß vor ca. 7 Jahren bei einer genaueren Untersuchung durch Herrn Hauptlehrer Ernst das Skelett eines Dachshundes entdeckt wurde und bei dem Versuch, noch tiefer zu kommen, ein Knack zurückgelassen werden mußte. Ein Zusammenhang dürfte nicht ganz ausgeschlossen sein.

Reutlingen, 28. Mai. (Abschied der Polizeibereitschaft.) Die Reutlinger Polizeibereitschaft, die am 1. Juni nach Friedrichshafen verlegt wird, hielt am Freitagabend im „Lindensaal“ einen würdig verlaufenen Abschiedsabend. Polizeimajor Dr. Beutner hielt die Abschieds- und Dankrede. Weitere Ansprachen hielten Landrat Barth, Polizeidirektor Sinn, Stadtrat Fichtner namens der Stadt, der frühere Kommandeur Polizeimajor Keller und Bankdirektor Wiedner für die nationalen Verbände. Die ganze Einwohnerschaft bedauert die Wegverlegung der Polizeibereitschaft.

Kottweil, 29. Mai. (Schwerer Motorradunfall.) Als am Samstagvormittag in Albstadt ein Bäckerbursche auf einem Fahrrad quer über die Straße fuhr, mußte ein von hinten kommender Motorradfahrer aus Schweningen scharf abbremsen und wurde, da das Rad ins Schleudern kam, mit dem Kopf gegen eine Eisenstange geworfen. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bewußtlos lie-

gen blieb. Er wurde ins Krankenhaus verbracht, wo Arm- und Schädelbrüche und sonstige schwere Verletzungen festgestellt wurden. Ein im Beiwagen mitfahrender Wanderbursche wurde gleichfalls herausgeschleudert und erlitt neben verschiedenen Hautabwürgungen einen schweren Nervenschlag.

Trossingen, 29. Mai. (Todesfall.) Im städtischen Krankenhaus in Frankfurt a. M. ist Direktor Dr. Will Hohner aus Trossingen an den Folgen einer Operation gestorben. Dr. Will Hohner hat am 5. März d. J. das 54. Lebensjahr vollendet. Er war der jüngste Sohn von Mathias Hohner, dem Gründer der Harmonikaindustrie in Trossingen. Er ist also noch unter der Anleitung des Vaters herangewachsen und hat am Aufbau des weltbekanntesten Unternehmens der Math. Hohner AG. entscheidenden Anteil gehabt. Nachdem nacheinander vier ältere Brüder verstarben und der älteste Bruder Kommerzienrat Hohner infolge hohen Alters kurz treten mußte, ist dem Verstorbenen als Direktor der Firma eine besonders bedeutende Rolle in der Leitung des Unternehmens zugefallen. Gerade im jetzigen Augenblick wird sein kluger Rat und seine sachkundige Erfahrung vielfach fehlen. Auch über das eigene Unternehmen hinaus hat Dr. Hohner eine bedeutende Rolle gespielt, vor allen Dingen in der Stadtgemeinde Trossingen.

Stuttgart, 29. Mai. (Württ. Ärzteverband.) Der bisherige Führer der württ. Ärzteschaft, Dr. med. Friedrich Langheim-Pfullingen, Vorsitzender des württ. Ärztevereins, ist nach mehr als 30jähriger Tätigkeit von seinem Amt zurückgetreten.

Auszeichnung. Auf der Deutschen Landwirtschaftsausstellung in Berlin erhielt Gutsbesitzer Arnob (Bühlhof), der Staatskommissar für die württ. Landwirtschaft, für seine in der ganzen Stadt eingeführt und bekannt ausgezeichnete Früchtmisch wiederum einen 1a-Preis.

Tränengasbomben. Im Kaufhaus Schoden wurden am Samstag vormittag in der Lebensmittelabteilung zwei Tränengasbomben geworfen, von denen eine zur Explosion kam. Die Wirkung war so stark, daß Käufer und Angeklickte auf die Dauer von 15 Minuten die Abteilung verlassen mußten. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die noch nicht ermittelt werden konnten.

Ausstellung schwäbischer Trachten. Im Reuen Schloß wurde eine Ausstellung schwäbischer Trachten eröffnet. Die Ausstellung steht im Zusammenhang mit dem Schwäbischen Heimattag.

Möhlingen, 29. Mai. (Der Sportkommissar.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß Stadtrat Dr. Klett trotz seiner Ernennung zum württ. Sportkommissar für Leibesübungen die Absicht habe, auch weiterhin dem Gemeinderat anzugehören. Er wurde hierauf zum ersten Stellvertreter des Stadtverstands gewählt.

Untertürkheim, 29. Mai. (Tödlicher Unfall.) Der seit 1917 bei der Daimler-Benz AG. beschäftigte 56 Jahre alte Hilfsarbeiter Gustav Runk hat beim Hofreiten im Werk das Fernansehen eines Lastkraftwagens ansehend nicht bemerkt und lief in diesen hinein, wodurch er zu Boden geworfen und angefahren wurde. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus übergeführt, wo er nach zwei Stunden starb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Gosbach, 29. Mai. (Schadenfeuer.) Freitagabend brach in dem Anwesen des Landwirts Baumann aus noch unbekannter Ursache Feuer aus, das Wohnhaus und Scheuer in Schutt und Asche legte. Der Schaden ist beträchtlich.

Maulbronn, 29. Mai. (Gemeindeumlagerung.) Der Gemeinderat beschloß, den Umlagefuß von 20 Prozent für das Jahr 1933 auf 19 Prozent zu ermäßigen.

Rein-Willars, 29. Mai. (Im Streit erlösen.) Sonntag nachmittag hat der ledige 20jährige Hilfsarbeiter Otto Eilenmann den 28jährigen verheirateten Landwirt Fritz Gieger nach kurzem Wortwechsel erstochen. Der Tod trat sofort ein. Der Täter ging flüchtig, konnte jedoch nach kurzer Zeit festgenommen und ins Amtsgerichtsjugendgefängnis eingeliefert werden.

Enlingen u. A., 29. Mai. (Staatliche Auszeichnung.) Dem Gesangverein Enlingen u. A., der auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist die staatliche Auszeichnung für Verdienste um die Förderung des Chorgesanges und die Pflege des deutschen Volksliedes verliehen worden.

Friedrichshafen, 29. Mai. (Erfolg der Mailäferbefämpfung.) Bei der Stadtpflege wurden heuer im ganzen 4536 Liter Mailäfer abgeliefert.

Aus Baden

Gernsbach, 28. Mai. (Amtsenhebungen bei den Ortskrankenkassen.) Die Vorstände und Ausschüsse bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen Bruchsal, Kastatt und Gernsbach wurden mit sofortiger Wirkung ihres Amtes enthoben. Geschäftsführer Demmer und Kontrolleur Ruf in Kastatt sind beurlaubt worden, desgleichen der Geschäftsführer Schäfer in Bruchsal. Bei der Bruchsaler Ortskrankenkasse hat man schon Jahre zurückliegende Unterschlagungen eines Kassanangestellten aufgedeckt.

Griesbach, 28. Mai. Wegen Scharlach wurden hier sämtliche Schulen mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 14 Tagen geschlossen.

Freiburg i. Br., 29. Mai. (Tödlicher Jagdunfall.) Wie aus Reutlingen i. Schw. gemeldet wird, ist der Inhaber der Großjagdhandlung Sexauer in Freiburg, Karl Sexauer, bei der Jagd am Samstag im Hochstieglgebiet tödlich verunglückt. Wie die bisherigen Ermittlungen ergaben, hatte sich Sexauer infolge eines plötzlichen Unwohlseins auf seinen Jagdruhr legen wollen, als plötzlich ein Schuß losging, der ihn tödlich traf. Ein unglücklicher Zufall scheint das Gewehr zur Entladung gebracht zu haben.

Rehl a. N., 29. Mai. Seit etwa zehn Jahren konnten Kraftfahrzeuge aus dem Badien nach Straßburg fahren, ohne daß ihnen von der französischen Grenzbehörde am Grenzübergang ein internationaler Führerschein oder ein internationaler Zulassungsschein verlangt wurde. Es hatte sich zur Gewohnheit herausgebildet, daß die meisten Kraftfahrzeugbesitzer diese Papiere nicht mehr bei sich hatten. Ohne jede vorherige Ankündigung verlangt die Grenzpolizei jetzt, besonders bei der Ausreise, von jedem deutschen Wagen diese Papiere. Für jedes fehlende Papier ist sofort eine Strafe von 75 Franken zu zahlen.

Gautag der württ. Nationalsozialisten

Große Kundgebung in der Stadthalle

Stuttgart, 29. Mai. Aus Anlaß des Gautages der württ. Nationalsozialisten versammelten sich am Sonntag morgen 8000 Amtswalter in der Stadthalle. Es waren die Führer der politischen Organisation in Württemberg. Gauleiter Schmidt eröffnete die Tagung. Der Redner besprach eingehend die den Amtswaltern gestellten Aufgaben. Er erwähnte dabei u. a., daß man gegen die verführten Volksgenossen der früheren politischen Gegner größte Rücksicht abzuwenden müsse. Heute seien schon Millionen von ihnen ehrliche Anhänger des Führers geworden, wo sich allerdings in Wort oder Schrift, in Handeln oder sonstige Widerstand zeige, sei rücksichtslos durchzugreifen. Der Heuberg würde als dauernde Warnung bestehen bleiben. Er sei allerdings nicht für die einfachen Proleten da, sondern für ihre Führer. Der Redner betonte ferner die Notwendigkeit der Reinigung der Partei und die Erziehungsbedürftigkeit vor allem der höheren Schichten, die zum Teil zu vornehm seien, das Brautheiß zu tragen. Die Jugend müsse ausschließlich nationalsozialistisch erzogen werden. Ministerpräsident Prof. Dr. Mergenthaler erklärte, alle Handlungen müßten erfüllt sein von dem heiligen Willen des restlosen Sieges der deutschen Revolution. Er werde als Kultminister allen Widerständen zum Trotz mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, daß die Jugend im nationalsozialistischen Geiste aufwache. Staatskommissar Dreher erklärte nach einem Bericht des „NS-Kurier“, heute sei es nicht mehr Aufgabe zu reden, sondern zu handeln, in erster Linie müsse man Arbeit und Brot schaffen. Scharf wandte sich der Redner gegen jene, die sich aus Angst hinter den Nationalsozialismus stellen. Solange ein Bolz an der Spitze des württ. Zentrums stehe sei den Beteuerungen dieser Partei kein Glauben zu schenken. Reichsstatthalter und Gauleiter Murr dankte den Parteigenossen für ihre Treue und betonte in bezug auf das Verhältnis der Partei zum Staat, daß die Partei das Primäre sei und dem Staat das Sekundäre geben müsse. Er werde nie an einer Versammlung teilnehmen, an der nicht neben den Spitzen der Behörden der Amtswalter stehe. Scharf kritisierte der Redner die Mißstände, die auf dem Gebiete der Gleichhaltung eingetreten seien. Die Aufbauarbeit des Nationalsozialismus müsse in einem unerhörten Tempo vorwärts getragen werden. Am 1. Mai sei alles mitmarschiert, aber es fehle noch die geistige Einheit und hier sehe die Aufgabe des Amtswalters ein. Es müsse so weit kommen, daß keiner anders als nationalsozialistisch denke. Es dürfe keine Klassen, Berufe und Konfessionen mehr geben, sondern nur noch Deutsche. Das Ziel sei ein großes und hartes, einiges Reich, auf das die kommenden Generationen stolz sein können. Die Rede des Reichsstatthalters wurde mit freudigem Jubel aufgenommen.

Kreisleitertagung der NSDAP.

Stuttgart, 29. Mai. Als Auftakt zum Gautag der NSDAP fand am Samstag im Konzertsaal der Wiederhalle eine Tagung der Kreisleiter, Kreisabswalter, Kreisamtsalter u. sämtlicher württembergischer Reichs- und Landtagsabgeordneter statt. Der stellvertretende Gauleiter Friedrich Schmidt begrüßte die Erschienenen. Er wies auf den gewaltigen Unterschied der früheren Gautagungen und der diesjährigen hin. Es lasse sich nun erst erkennen, welche riesenhafte Leistung der Führer und seine Bewegung vollbracht haben. Staatsrat Waldmann umriß die Stellung der Bewegung und ihrer Amtswalter zu Staat und Regierung. Eine Reinigung des Parteiapparates sei dringend notwendig. Bei Besprechung des Problems linksstehender Gemeinderäte wies er Wege, wie dieser Uebelstand am besten behoben werden könne. Nach diesen mit klärendem Beifall aufgenommenen Ausführungen ergriff Gauleiter Schmidt nochmals das Wort zu einem groß angelegten Referat über die Aufgaben der politischen Organisation der NSDAP. Wiederholt betonte er nachdrücklich, daß das Wesen einer nationalsozialistischen Revolution nicht darin bestehen könne, alles Vorhandene zu zerstören. Die Machttage sei heute gelöst. Es bedürfe deshalb keiner Kommunisten und keiner Eingriffe in öffentliche Institutionen mehr. Die wichtigste Aufgabe sei heute, Arbeit zu schaffen und hier müßte allen gegebenen Realitäten Rechnung getragen werden. Der Redner verbreitete sich eingehend über die Mißstände u. Lächerlichkeit des „Gleichhaltungsformels“ und betonte, daß hier manches wieder umgestaltet werden müsse. Auch er betonte die Notwendigkeit, die Partei so rasch wie möglich von faulem Ballast zu befreien. Was dann noch an gutem Material übrig bleibe, müsse in eine gründliche weltanschauliche Schule genommen werden. Zu diesem Zwecke werde eine Gau-Amtswalter-Schule errichtet, der ein überaus großes Aufgabengebiet zugewiesen werde. Zum Schluß nahm der Reichsstatthalter und Gauleiter Wilhelm Murr die Gelegenheit wahr, zu seinen alten Mitkämpfern zu Herzen gehende und auffeuernde Worte zu sprechen. Auch er wies auf den schweren Weg hin, den die Bewegung bis zur Machtergreifung gehen mußte, und verwies darauf, daß nun eine ungleich schwerere Aufgabe bevorstehe. Das große Ziel sei, dem ganzen Volk einen einheitlichen nationalen und sozialen Willen einzuhaushern. „Wenn wir das vollbringen, dann haben wir unsere Aufgabe vor der Geschichte erfüllt.“ Donnernder Beifall folgte den mitreisenden Ausführungen des beliebtesten alten Mitkämpfers Adolf Hilters in Württemberg.

Aus dem Gerichtssaal

Fünf Todesurteile und hohe Zuchthausstrafen in Altona beantragt

Altona, 29. Mai. In dem Prozeß wegen der Vorgänge am Altonaer Blutsonntag stellte Erster Staatsanwalt Behrens die Strafanträge. Er beantragte wegen gemeinschaftlichen Mordes und versuchten Mordes, Aufruhrs und Landfriedensbruchs gegen die fünf Angeklagten Wittgens, Tisch, Woll, Müller und Welter, die Todesstrafe. Der Strafantrag für die übrigen Angeklagten erfolgt wegen Beihilfe zum Mord und versuchten Mordes sowie schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs. Es wurden beantragt für Wendt, Diehl, Vühsteden und Uhlke je fünf Jahre Zuchthaus, gegen Herwig und Wolgast je fünf Jahre Zuchthaus. Mit dem Urteil ist kaum vor Samstag zu rechnen.

Wetter für Mittwoch

Da die westlichen Luftströmungen anhalten, ist für Mittwoch immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Beste Nachrichten

Vor einer englisch-französischen Vereinbarung über den Biermächtepakt

London, 29. Mai. Londoner amtliche Kreise bestätigen heute die Berichte aus Paris, daß eine Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich über den Biermächtepakt zustande gekommen ist. Ueber die Aenderungen im Wortlaut des Paktes sind keine Mitteilungen gemacht worden. Italien und Deutschland, so wird erklärt, hätten bereits zugestimmt, und die Paraphierung des Paktes werde, wie man hoffe, fast unverzüglich erfolgen.

Keine Besprechungen Simons mit Rosenberg über die Korridorfrage

London, 29. Mai. Sir John Simon verneinte heute im Unterhaus die Anfrage, ob er mit Alfred Rosenberg die Frage der Zukunft des polnischen Korridors erörtert habe.

Amerikanische Schwaben in Bremen

Bremen, 29. Mai. Mit dem Dampfer „Stuttgart“ des Norddeutschen Lloyd traf am 29. Mai eine Gruppe von Deutsch-Amerikanern, die selbst oder deren Vorfahren aus Württemberg stammen, und sich auf dem Wege zur Teilnahme am Schwäbischen Heimatsfest in Stuttgart befinden, in Bremen ein. Die Reisegruppe reist über Köln und Frankfurt a. M. nach Stuttgart, wo sie von den Behörden festlich begrüßt wird, weiter. Sie bleibt bis 6. Juni in Stuttgart, um sich nachher zu Reisen durch Deutschland und zum Besuch Verwandter usw. aufzulösen und zusammen am 27. Juli gleichfalls mit dem Dampfer „Stuttgart“ von Bremen aus wieder die Rückreise nach Amerika anzutreten. Während ihres Aufenthaltes am Montag hatten

die amerikanischen Schwaben Gelegenheit, auf ausgedehnten Rundfahrten die alte Hansestadt Bremen kennen zu lernen.

N.S. D. S. B. und Stahlhelmstudentenring über kameradschaftliche Zusammenarbeit

Düsseldorf, 29. Mai. Die Bundesführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und die Führung des Stahlhelm-Studentenringes „Langemarck“ haben hier heute nach gemeinsamer Aussprache Vereinbarungen über kameradschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiete des Wehrsports getroffen.

Ministerpräsident Klages-Braunschweig eröffnet die Hochschule für Politik in Berlin

Berlin, 29. Mai. Das erste Semester der Hochschule für Politik wurde heute nach der Umgestaltung des Instituts mit einer Vorlesung des braunschweigischen Ministerpräsidenten Klages eröffnet, der während des ganzen Sommers über „Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung“ lesen wird.

Die Aufgabe des Goldstandards in U.S.A. vom Repräsentantenhaus angenommen

Washington, 29. Mai. Das Repräsentantenhaus hat die Gesetzesvorlage über die offizielle Aufgabe des Goldstandards mit 283 gegen 57 Stimmen angenommen.

Wilde Schieberei der Heimwehr

Wien, 29. Mai. In Innsbruck ist, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, es an verschiedenen Stellen der Stadt zu heftigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Heimwehrläuten gekommen. In der Museumstraße und Erlertstraße kam es zu einer wilden Schieberei der Heimwehr, die glaubte, daß einige ihrer Kameraden angegriffen und verprügelt würden. Die Heimwehr behauptet, daß sie

Kurzmeldungen der N.S.D.A.P.

Anlässlich des Jugendtreffens am Pfingsten sucht die N.S.-Frauenschaft

Quartiere für Mädchen

Anmeldungen erbittet bis spätestens Freitag Frau Raßp.

mit blinden Patronen geschossen hätten. Es wurden jedoch sieben Personen verletzt. Unter den Verwundeten befindet sich ein Reichsdeutscher, der erst heute nachmittag in Innsbruck angekommen war. Dieser Mann hat einen schweren Halsbruch erlitten. Die anderen sind an den Beinen oder an den Händen verletzt. Einer hat einen Rückenstreifschuß erlitten. Zwei Kompanien Militär sperrten die innere Stadt von jedem Verkehr ab. Gegenwärtig herrscht wieder Ruhe. Außer bei der Schieberei wurden bei den verschiedenen Zusammenstößen noch insgesamt 36 Personen durch Hiebe verletzt.

Zu den Zusammenstößen berichtet die Amtliche Nachrichtenstelle, daß es im Anschluß an die Rücksprache einer Studentendelegation mit dem Rektor über die akademische Freiheit zu nationalsozialistischen Kundgebungen gegen die Heimwehr gekommen sei. Dabei sei aus den Reihen der Nationalsozialisten ein Schuß gegen die Heimwehr gefallen, die das Feuer durch einige Schüsse erwidert habe.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlich für die Schriftleitung: L. L. a. L.

Altensteig-Stadt

Die Stelle der **Schuldnerin an der Gewerbe- und Frauenarbeitschule** unter Umständen mit Dienstwohnung verbunden, wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Meldungen innerhalb 8 Tagen beim Bürgermeisteramt; das. I. B. wird nähere Auskunft erteilt. Den 29. Mai 1933. Bürgermeisteramt.

Gutsverpachtung.

Der Hof Haiselstall, Markt Gältlingen O. Nagold 4 Kilometer vom Ort entfernt und je 9 Kilometer von den Eisenbahnstationen Calw, Wildberg und Gärtringen entfernt, kommt vom 1. Febr. 1934 an auf eine Reihe von 10 Jahren im Wege des schriftlichen Aufgebotsverfahrens unter Vorbehalt der freien Auswahl unter den Pachtlichhabern am Samstag, den 1. Juli 1933, nachm. 2 Uhr auf dem Rathaus in Gältlingen zur Wiederverpachtung.

Die Pachtlichhaber werden mit dem Bemerkten eingeladen, daß ihre Angebote, welche die gebotene Pachtsomme zu enthalten haben, zuvor schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot auf Haiselstallhof“ versehen, einzureichen und sich spätestens vor Beginn der Verhandlung durch amtlich beglaubigte Zeugnisse über ihre Befähigung zum Gutsbetrieb und zur Sicherheitsleistung, wie auch über den Besitz des erforderlichen Betriebskapitals auszuweisen haben.

Das arrondierte Gut umfaßt neben den erforderlichen Wohn- und Nebengebäude, welche sich in gutem Zustand befinden, eine Fläche von 54 Hektar, bestehend in Acker, Wiesen und Gärten und Weideland. Vorhanden sind auch Obstbäume in genügender Anzahl. Der Hof kann jederzeit befristet werden. Die Pachtbedingungen sind zur Einsichtnahme bei der unterzeichneten Stelle, woselbst auch jede Auskunft über das Gut gegeben wird, aufgelegt.

Gältlingen, den 24. Mai 1933.

Bürgermeisteramt.

Schönen Sommer empfiehlt

Heinrich Holz, Gärtnerei Altensteig, Telefon 316.

Fahre am Donnerstag zum

Nagolder Markt

Abfahrt Simmersfeld 1/7 Uhr

Lehrverträge empfiehlt die

Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold.

Komme morgen von 9 Uhr ab mit

billigem Gemüse und Sonstigem Frau Reck.

Altensteig

Den **Grabertrag**

meiner Weise mit 38 a verkauft

A. Raßp.

Altensteig Verkauft ca. 30 Zentner gut eingebrachtes

Heu und Stroh Ditto Luz, Gerberel.

Ca. 4000 alte **Dachziegel**

sowie ca. 400 gebrauchte **Zementziegel**

hat zu verkaufen Georg Dingler, Roffelden Nagold Land.

Einen 5 Monate alten

Farren und ein 1/2 jährl.

Rind sowie den

Heu- und Stroh

von ca. 2 Morgen hat zu verkaufen

Gottl. Theurer jr.

Zamweiser.

Röt — Besenfeld. Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 1. Juni 1933** in unser Gasthaus zum „Bahnhof“ stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Paul Zieffe Schmiechmeister Sohn des **Andreas Zieffe** Kaiserwirt und seine Braut **Emma Waidelich** Tochter des † **Konrad Waidelich** Bauer

Kirchgang 1/2 12 Uhr in Röt. Nachhochzeit am Pfingstmontag.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Garrweller. Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres guten Bruders, Schwagers und Onkels

Gottlob Waidelich

erfahren durften, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, dem Mädchenchor unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Holzinger und für die Kranzniederlegung des Schützenvereins, sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Welt über 150 000 Bruchleidende

tragen das seit mehr als 20 Jahren erprobte **Spranzband ges. gesch.**

kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge.

Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich verbessertes Modell D. R. P. 542 127 an. Mein Vertreter ist mit Mustern kostenlos zu sprechen

am **Donnerstag, den 1. Juni 1933** in Nagold im Hotel „Post“ von 1/2 11—1/2 1 Uhr in Altensteig im Gasth. z. „grünen Baum“ von 1—2 Uhr in Ebhausen im Gasthof z. „Waldhorn“ von 1/2 3—1/2 4 Uhr.

Der Erfinder und alleinige Hersteller: **Hermann Spranz, Unterkochen Würt.**

Dankschreiben: „Mit Ihrem Spranzband bin ich sehr zufrieden und kann es meinen Leidensgenossen bestens empfehlen.“ **Johns. Großmann alt, Wart OA. Nagold beim Pfarrhaus**

Darüber sind sich Alle einig

daß die Hausfrauen beim Einkauf der tägl. Bedarfsartikel am besten beim Fachmann bedient werden. Gleichzeitig erfüllen Sie damit noch eine nationale Pflicht, wenn Sie dem schwer um seine Existenz ringenden Kleingewerbe Arbeit und Verdienst geben.

Wir bieten an:

sämtliche Mehlsorten in prima Qualität

Groß- u. Kleinbackware aller Art Kaffee- und Teegebäck

Die Mitglieder der **Bäcker - Innung** Altensteig und Umgebung

Schick und Eleganz — nicht eine Frage der Mittel, sondern der richtigen Information! Lesen Sie die **Elegante Welt** das führende Mode- und Gesellschaftsblatt **Preis des Heftes 1 Mark** Erscheint vierzehntägig. Probenummer gegen Einsendung von 30 Pfg. für Porto. **Verlag Dr. Selle-Eysler A.G.** Berlin SO 16, Melchiorstraße 23

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold

Habt 1 Paar starke **Zug-Ochsen** und ein **Pferd** ca. 10 jährig, Fuchsfute, zu verkaufen. **Bernhard Haist, Holzhandlung, Klosterleichenbach (Altwald)**

